

Hofheim, 25. Mai 2023

## Mehr als 2000 Menschen in Arbeit vermittelt

Eingliederungsbericht 2022 vorgestellt – Bürgergeld eingeführt, neue Miet-Höchstgrenzen

„Auch angesichts großer Herausforderungen haben wir erfolgreich viele Menschen in Arbeit vermitteln können“: Das ist das Fazit von Kreisbeigeordnetem Johannes Baron zum Eingliederungsbericht für das Jahr 2022. Wie der Sozialdezernent bei der Vorstellung des Berichtes außerdem mitteilte, sei das neue Bürgergeld bislang im Kreis „reibungslos umgesetzt und ausbezahlt“ worden. Zudem kündigte er an, dass die akzeptierte Quadratmetermiete bei Leistungsempfängern heraufgesetzt wird.

Wie Baron erläutert, hat der Kreis im vergangenen Jahr insgesamt 2026 Menschen in Arbeit vermittelt, das entsprach ungefähr dem Niveau der vergangenen beiden Jahre. Die Bedingungen seien schwierig gewesen, vor allem durch den Zuzug ukrainischer Flüchtlinge und parallel der Vorbereitungen für das neue Bürgergeld – „aber unsere engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben dennoch viele Menschen beim Weg in den Arbeitsmarkt unterstützen können.“ Einen Beitrag dazu hätten auch die Qualifizierungsprogramme oder anderen Angebote des Kommunalen Jobcenters geleistet. Die fast 30 verschiedenen Förderangebote seien von insgesamt 1641 Arbeitsuchenden genutzt worden. Die Kosten der Förderungen in Höhe von insgesamt 5,8 Millionen Euro seien zum größten Teil aus Bundes- und Landesmitteln finanziert worden. Der Kreis habe davon 250.000 Euro decken müssen.

Wie Baron erläutert, verwaltet das Kommunale Jobcenter mittlerweile ein Budget von rund 110 Millionen Euro. In diesem Bereich der Kreisverwaltung sind 169 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Den Angaben zufolge bezogen zum Jahresende 11.353 Personen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, die jetzt als Bürgergeld bezeichnet werden. Ende 2021 waren es 10.118 Personen gewesen. Aktuell wird das Bürgergeld an 11.700 Menschen ausgezahlt, das sind rund 2000 Personen mehr als im Juni vergangenen Jahres. Baron führt die Steigerung vor allem auf die Flüchtlinge aus der Ukraine zurück.

Beim Bürgergeld, das zum Jahresbeginn 2023 eingeführt wurde, ist ein größerer Ansturm Baron zufolge ausgeblieben. Das Jobcenter habe die erste Stufe organisatorisch umgesetzt, jetzt liefen die Vorbereitungen für die weiteren Schritte ab Juli. Dabei gehe es um zusätzliche Leistungen und eine Weiterentwicklung der ganzheitlichen Betreuung. Zudem würden für die Leistungsempfänger Freibeträge bei der Einkommensanrechnung erhöht. Eine zunehmend wichtigere Rolle komme dem neuen Bildungs- und Sozialzentrum in Hofheim zu.

Veränderungen gebe es auch bei den Höchstgrenzen für Mieten, die bei Empfängerinnen und Empfängern des Bürgergeldes akzeptiert und übernommen werden. Sie werden zum Juli je nach Größe der Wohnung und Zahl der Mieter auf bis zu 9,50 Euro pro Quadratmeter angehoben. „Der

Druck auf den Wohnungsmarkt ist groß, die Preise in der Region sind hoch. Mit der Anhebung wollen wir einen Beitrag leisten, die Chancen bei der Wohnungssuche zu verbessern“, so Baron.

Der Eingliederungsbericht kann im Internet heruntergeladen werden auf der Seite des Main-Taunus-Kreises unter [www.mtk.org](http://www.mtk.org).